



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 16. Januar 2026 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen und Ihren Familien zunächst ein frohes, gesundes und gesegnetes neues Jahr 2026! Das neue Jahr ist kaum gestartet – und schon zeigt sich, dass es politisch keine Verschnaufpause geben wird. Die weltpolitische Lage bleibt angespannt: Die Lage in der Ukraine spitzt sich durch massive russische Angriffe erneut zu, in Venezuela sorgt die Festnahme von Nicolás Maduro durch US-Kräfte für geopolitische Unruhe, und im Iran kämpfen mutige Menschen unter Lebensgefahr weiter für ihre Freiheit. Diese Entwicklungen machen deutlich: Europa braucht Stärke – politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch.

Für uns in Deutschland bedeutet das: 2026 muss ein Jahr des Wachstums werden. Nur mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft können wir außenpolitisch handlungsfähig bleiben. Der Abschluss des Mercosur-Abkommens ist dabei ein wichtiges Signal – weitere Handelsverträge müssen folgen. Auch innenpolitisch haben wir in dieser ersten Sitzungswoche mit wichtigen Maßnahmen begonnen:

Das neue Gesetz zur Beschleunigung von Rüstungsbeschaffung sichert der Bundeswehr besseren Zugang zu dringend benötigtem Material. Mit dem Entwurf für die neue Grundsicherung ersetzen wir das Bürgergeld durch ein System, das konsequenter fördert und fordert – mit echter Arbeitsmarktintegration im Fokus.

Auch im Bereich Migration setzen wir unsere Linie fort: Der Rechtskreiswechsel für neu ankommende Geflüchtete aus der Ukraine ist ein weiterer Schritt hin zu mehr Ordnung und Steuerbarkeit. Und mit der Änderung des Lieferkettengesetzes entlasten wir gezielt unsere Unternehmen.

Der politische Jahresauftakt zeigt: Die Herausforderungen bleiben groß – aber mit Entschlossenheit, Reformwillen und klarem Kompass gehen wir sie an.

Herzlich,  
Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Neue Grundsicherung ersetzt Bürgergeld
- Integration neu geregelt – Gleichbehandlung gestärkt
- Praxisgerechte Erleichterungen für unsere Landwirte
- Wirtschaftswachstum trotz Krise

## **Neue Grundsicherung ersetzt Bürgergeld.**

**M**it dem Start des Gesetzgebungsverfahrens zur Neuen Grundsicherung setzt die Bundesregierung ein zentrales Reformvorhaben um, das im Koalitionsvertrag verankert ist. Ziel ist es, das bisherige Bürgergeld-System grundlegend zu verändern und durch ein leistungsfreundlicheres, verständlicheres und integrationsorientiertes Modell zu ersetzen.

Im Mittelpunkt steht die konsequente Verbindung von Fördern und Fordern: Wer Unterstützung benötigt, soll sie weiterhin zuverlässig erhalten – aber stärker zur Eigeninitiative befähigt und verpflichtet werden. Die neue Grundsicherung sieht kürzere Bezugszeiten, mehr Vermittlungsdruck und klarere Sanktionen bei mangelnder Mitwirkung vor. Gleichzeitig wird der Arbeitsanreiz gestärkt, insbesondere durch die Anrechnung von Erwerbstätigkeit und die stärkere Unterstützung bei Qualifizierung und Weiterbildung.

Auch strukturell soll das System effizienter werden: Die Zusammenarbeit mit Jobcentern wird neu organisiert, die Leistungsgewährung vereinfacht und digitalisiert. Zudem wird die Wohnkostenübernahme stärker regionalisiert, um besser auf die örtlichen Gegebenheiten reagieren zu können.

**Standpunkt:** *Die Einführung der Neuen Grundsicherung ist ein überfälliger Kurswechsel.*

*Das Bürgergeld hat falsche Anreize gesetzt, Eigenverantwortung relativiert und das Vertrauen in das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit beschädigt. Mit der Reform stellen wir klar: Soziale Sicherheit muss Hand in Hand mit persönlichem Einsatz gehen.*

*Für uns als CDU/CSU-Faktion ist klar: Wer arbeiten kann, soll es auch tun. Unterstützung darf kein Dauerzustand sein, sondern eine Brücke in Beschäftigung. Gleichzeitig muss der Staat dort helfen, wo echte Not besteht – unbürokratisch, gezielt und mit Respekt vor der Leistung. Die neue Grundsicherung bringt diese Balance zurück. •*

## **Integration neu geregelt – Gleichbehandlung gestärkt.**

**M**it dem Jahreswechsel ist der Rechtskreiswechsel für neu ankommende ukrainische Geflüchtete in Kraft getreten. Damit greift ein zentraler Baustein der Neuausrichtung der deutschen Migrationspolitik, der nun schrittweise Wirkung entfalten soll. Konkret bedeutet dies: Für Personen aus der Ukraine, die ab dem 1. Januar 2026 nach Deutschland einreisen, gilt nicht mehr automatisch das SGB II oder XII, sondern zunächst das Asylbewerberleistungsgesetz.

Diese Neuregelung betrifft ausschließlich neu ankommende Schutzsuchende – für die über eine Million bereits in Deutschland lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer ändert sich nichts.

Ziel des Wechsels ist es, das System zu steuern, klare Integrationspfade zu etablieren und die Gleichbehandlung mit anderen Geflüchtetengruppen herzustellen.

Künftig sollen Leistungen stärker an Integrationsfortschritte geknüpft werden: Sprachkurse, Arbeitsaufnahme und Mitwirkungspflichten treten stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig soll der Zugriff auf vorhandene Angebote – etwa in der Qualifizierung oder Kinderbetreuung – gezielter erfolgen. Die Länder erhalten zudem eine bessere Grundlage zur Verteilung und Abrechnung.

*Standpunkt: Mit dem Rechtskreiswechsel setzt die Bundesregierung einen längst überfälligen Schritt um. Die besondere Situation der Flucht aus der Ukraine erfordert Schutz – aber auch ein realistisches Maß an Steuerung und Erwartungsmanagement. Integration ist keine Einbahnstraße.*

*Für uns als Union war von Anfang an klar: Die Gleichbehandlung im Zugang zu Leistungen und Pflichten ist ein Gebot der Gerechtigkeit – gegenüber anderen Geflüchteten, aber auch gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Die bisherigen Regelungen hatten zu spürbarem Unmut auf kommunaler Ebene geführt. Mit dem nun geltenden System schaffen wir mehr Übersicht, mehr Ordnung und bessere Integrationschancen.*

*Der Wechsel steht für eine Migrationspolitik mit Augenmaß – humanitär, aber auch konsequent. •*

## Praxisgerechte Erleichterungen für unsere Landwirte.

In der ersten Sitzungswoche des neuen Jahres hat die Bundesregierung mit der Verabschiedung eines landwirtschaftlichen Maßnahmepakets zentrale Entlastungen für die Betriebe auf den Weg gebracht. Im Fokus standen dabei rechtliche Anpassungen und Vereinfachungen in drei wesentlichen Bereichen: Tiergesundheit, Pflanzenschutz und Tierhaltungskennzeichnung.

Mit der Anpassung des Tiergesundheitsgesetzes wurde EU-Recht rechtssicher in deutsches Recht übertragen, zugleich jedoch die Dokumentationspflichten für Tierhalter entschlackt. Beim Pflanzenschutzgesetz werden Anwendungsregeln präzisiert und praxisnäher ausgestaltet, ohne dabei Umwelt- und Verbraucherschutz zu vernachlässigen. Im Tierhaltungskennzeichnungsgesetz wurden insbesondere Übergangsregelungen und Investitionszeiträume angepasst, um Betrieben wieder mehr Planungs- und Investitionssicherheit zu geben.

Die Maßnahmen ergänzen bereits umgesetzte Schritte wie die Rückkehr zur Agrardiesel-Rückvergütung, die verlängerte Umsatzsteuerpauschale, die Stromsteuerabsenkung für Land- und Forstwirtschaft sowie administrative Erleichterungen bei Agrarstatistiken.

Damit reagiert die Bundesregierung auf massive Belastungen der letzten Jahre – von steigenden Betriebskosten bis zu überbordender Bürokratie.

*Standpunkt: Die Landwirtschaft braucht nicht nur Anerkennung, sondern verlässliche Rahmenbedingungen und politische Rückendeckung. Mit dem jetzt beschlossenen Paket wird klar: Die Bundesregierung nimmt die Sorgen und Hinweise der Praxis ernst. Die Entlastungen sind kein Geschenk – sie sind eine längst überfällige Korrektur dort, wo staatliches Handeln zu oft am Alltag vorbeiging.*

*Für uns als CDU/CSU-Faktion ist klar: Die Landwirtschaft ist nicht nur ein Wirtschaftszweig, sondern Teil unserer Gesellschaftsstruktur. Sie sorgt für Ernährungssicherheit, erhält unsere Kulturlandschaften und steht für Wertschöpfung im ländlichen Raum. Deshalb muss sie auch so behandelt werden – mit Respekt, Augenmaß und einem klaren politischen Bekenntnis.*

*Die nun beschlossenen Erleichterungen sind ein guter Schritt – aber sie dürfen nicht der letzte sein. Eine starke Landwirtschaft braucht dauerhaft starke politische Unterstützung. •*

## Die gute Nachricht der Woche **Wachstum trotz Krise – Zahlen geben Hoffnung.**

**N**ach zwei Jahren Rezession verzeichnet Deutschlands Wirtschaft wieder ein leichtes Wachstum:

Laut Statistischem Bundesamt ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,2 Prozent gestiegen. Für 2026 erwarten führende Wirtschaftsinstitute bereits ein Wachstum von rund 1 Prozent – ein wichtiges Signal für Unternehmen, Beschäftigte und den Standort insgesamt.

Getragen wird diese Entwicklung unter anderem durch das Sondervermögen für Verteidigung und Infrastruktur, das neue Investitionen ermöglicht und die wirtschaftliche Dynamik unterstützt. Auch die gezielte Lockerung der Schuldenbremse entfaltet Wirkung – verbunden mit der klaren Erwartung, dass diese Impulse durch strukturelle Reformen ergänzt werden: beim Bürokratieabbau, bei der Senkung der Energiekosten und durch eine Reform unseres Sozialsystems.

In dieser Phase der Stabilisierung brauchen kleine und mittelständische Unternehmen vor allem eines: Verlässlichkeit und Entlastung. Neue Belastungsdebatten – wie etwa die von der SPD geforderte Erbschaftssteuer – sind in dieser Lage fehl am Platz. Für uns als Union bleibt klar: Erst muss etwas erwirtschaftet werden, bevor verteilt wird.

Trotz globaler Unsicherheiten zeigt sich: Die deutsche Wirtschaft kann zurück in die Spur finden. Die aktuellen Wachstumszahlen sind kein Selbstläufer, aber sie machen Mut. Jetzt gilt es, mit stabilen Rahmenbedingungen und wirtschaftlicher Vernunft den Weg in eine wachstumsstarke Zukunft zu ebnen. •